

Bezugsgebühr:

Abonnement 2 Mr. ab 10 Pfg. - 2 Mr. ab 20 Pfg.

Die Dresden Nachrichten erscheinen täglich Morgen; die Bezieher in Dresden und der näheren Umgebung, wo die Entfernung durch diese Seiten oder Sonntagsblätter erfolgt, erhalten bei Stadt- und Landesposten, die nicht auf Sonn- oder Schichttagen, zu und Dienstausgaben Abend- und Morgengut ausgetheilt.

am Nachthe eingeschlossene Sachen sind ohne Verbindlichkeit.

Herausgegeben von:

und I Nr. 11 und Nr. 2000.

Telegramm-Adresse:

Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Ofen und Herde, Haus-, Küchen- und
Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Oswald Funke

Schirm-Geschäft
Dresden-Pieschen
Bürgerstraße No. 44.

Annahme von Inseraten u.
Aboanmeldungen für die
„Dresdner Nachrichten“

B. Rammer, Damenschneiderin
Marschallstr. 42, II. DRESDEN-A. Marschallstr. 42, II.
empfiehlt sich der geohrten Damenwelt.
Garantie für Passen. Bedienung prompt.
Preise solid.

Kuechustensalz (Edelkastanienextrakt) Flasche 75 Pfennige,
Kuechustenpflaster, 50 Pfennige,
vorzügliches, zuverlässiges Mittel zur Linderung und schnellen
Beseitigung des Kuechustens. Verwandt nach auswärts. * * * * *
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Photograph. Atelier Richard Jähnig

Königskirchstraße No. 71 DRESDEN-N. Strassen-Hotel. Tunnelstr.
Preise billigst und zwar: Ein Dutzend Visite 3 Mark.
Ein Dutzend Cabinet 8 Mark.
Großes Format, Gruppen-Aufnahmen entsprechend.
Vorlesungen bis Lebendgruppe. Garantie für ordentliche Ausführung.
Geöffnet: von 11-4 Uhr, Sonn- u. Festtag im Sommer

Frühjahrs-Lodenjoppen x Havelocks x Radfahreranzüge und -Pellerinen x
neue Auswahl in Damenodenstoffen und Damenodenmänteln empfiehlt Jos. Flechl aus Tirol, Schlossstr. 23, part. und 1. Etage.

Nr. 81. Spiegel: Englisch-russischer Streitfall. Hofnachrichten, Landtagsberichtswahlen. Versammlung für Ruthmann. Ritterung: Freitag, 22. März 1901.

Der englisch-russische Streitfall bei Tientsin.

Die feurhelle "Einigkeit" der Mächte in China ist durch den Zwischenfall bei Tientsin, der in dem sich überall vordehenden englisch-russischen Interessengegenau keinen Ursprung hat, auf eine erste Probe ernster Charakters gestellt worden. Vor einigen Wochen war schon eine Meinung zwischen den beiden mächtigen Nebenbuhlern dadurch entstanden, daß England einen Kreuzer nach den in der Bucht von Korea gelegenen Yonkers- und Elliot-Inseln gesandt habe, aus seinem anderen Anlaß als um zu zeigen, daß Großbritannien seine "Einflussphäre", die ja noch englischer Ausfassung überhaupt keine Grenzen hat, auch bis dorthin auszudehnen gewollt sei. Darauf wirkte man aber in Petersburg sehr kurz und energisch ab durch die kategorische Erklärung, daß die gedachten Inseln auf Grund eines Abkommen mit China unter die ausschließliche Verwaltung Russlands gestellt seien und daß die russische Regierung sich daher jedwede englische Einmischung in dieser Sache schäflich verbitte. Das half und der Vorfall war damit aus der Welt geschafft. In der Tientsiner Angelegenheit scheinen sich dagegen wirklich drohende Wolken aufgehäuft zu haben, von denen zwar anzunehmen ist, daß sie sich nicht mit Donner und Blitze entlädt werden, die aber dennoch recht starke Schlagwaffen auf das Verhältnis der beiden Mächte zueinander und auf die gemeinsame internationale Lage in Ostasien werfen.

Der Streit ist dadurch entstanden, daß die Engländer zwecks Bezug eines Ausweichfeldes auf der Strecke der in ihrer Verwaltung befindlichen nordchinesischen Eisenbahn einen kleinen Landstreifen in Besitz nahmen, der nach russischer Darstellung bereits im November vorigen Jahres von China an Russland abgetreten worden ist; die russischen Behörden wollen auch unverzüglich damals den fremden Tonkin in Tientsin vor der erfolgten Abtretung Wittelsbach gemacht haben. Von englischer Seite wird dies zugegeben, aber behauptet, daß die Koncession ungültig sei, weil es im verlorenen Herbst überhaupt keine chinesische Regierung in Peking gegeben habe; deshalb soll nach jeglicher englischer Vertheidigung gleich damals von London aus gegen die russische Erwerbung Brotest eingeleitet sein. Die Russen scheinen jedoch von der völkerrechtlichen Gültigkeit ihres Rechtsanspruchs völlig überzeugt zu sein; denn sie erklärten dem englischen Befehlshaber General Barrow, daß sie die Regierung des Gleichen auf ihrem Gebiete nicht dulden würden, und als dessen umgekehrt der britische General den Bau weiter führen ließ und sogar mit Anwendung von Waffengewalt drohte, antworteten die Russen ihrerseits mit der Entsendung einer Truppenmacht, die den Befehl hatte, die Einstellung des Bahnbauens nötigenfalls mit Gewalt zu erzwingen. Nunmehr kam auch dem "schneidigen" britischen Kommandeur die Erkenntnis des ganzen Zustandes der Lage und er ließ, wenn auch nicht die Truppen von dem streitigen Grundstück abziehen, so doch wenigstens mit dem Bahnbau aufhören. Statt dessen begannen die beiderseitigen Truppenkontingente eine andere Arbeit, über die sich die zukünftigen Chinesen mit Recht in's Häuschen lachen durften: Engländer und Russen hoben nämlich Baugräben aus und lagerten sich gefechtsbereit einander gegenüber, die Russen mit dem Befehl, auf Leben zu schießen, der die Arbeiten an der Bahn fortsetze. Um einen Ausweg mit guter Manier für beide Theile aus dieser unerträglichen Situation zu finden, wurde ab dann der deutsche Oberbefehlshaber Graf Waldersee angegangen, der sich dann auch unverzüglich nach Tientsin aufgemacht hat.

Soweit der Thatsbestand, der in unschöner Weise eine jüngst verbreitete Melioration in Erinnerung bringt, der zufolge die geheimen Berichte des Grafen Waldersee über das Verhältnis zwischen Engländern und Russen in Ostasien schon seit einiger Zeit "recht pessimistisch" gelautet haben sollen. Brüder man nun die Frage, inwieweit das Verhalten der beiden Gegner den diplomatischen und völkerrechtlichen Gepllogenheiten im internationalen Verkehr entspricht, so läßt sich nicht bestimmen, daß der englische Kommandant sich einer durch die Umstände nicht gerechtfertigten Brüderung der Russen schuldig gemacht hat. Wollte der General Barrow korrekt verfahren, so müsste er den russischen Einspruch ruhig zur Kenntnis nehmen, unter sofortiger Einstellung des Bahnbaues das diplomatische Verfahren in die Wege leiten und den russischen Befehlshaber entsprechend verständigen. Durch beschleunigte Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Befehlshabern hätte ab dann in wenigen Tagen die Rechtsfrage klar gestellt und die ganze Angelegenheit, die jetzt dank der unangebrachten Brüderlichkeit des englischen Generals bis unmittelbar an die Grenze eines Konfliktes getrieben worden ist, beglichen sein können. Da die Sache aber einmal sowohl geschehen ist, so läßt sich die vermittelnde Aufgabe des Grafen Waldersee nicht ganz leicht gestalten, und selbst wenn der deutsche Oberbefehlshaber, wie zu hoffen ist, mit dem ihm zu Gebote stehenden diplomatischen Takt und Weisheit den Fall zu einem guten Ende bringt, wird doch ein scharfer Stoß bei dem unterliegenden Thalei unvermeidlich. Da schon jetzt zwischen London und Petersburg eine Einigung erzielt und die "Harmonie" wieder hergestellt ist, jedoch Graf Waldersee überhaupt nichts mehr zu thun finden werde, ist nur eine Beleidigungsmeldung, der bisher jede That möglichst unterdrückt hat. Nach einer Tientiner Privatbesprechung hat

Graf Waldersee bereit eine Unterredung mit dem russischen General Bogoljubow, der die zeitweilige Bewachung des streitigen Gebietsteiles durch eine neutrale Macht vorschlug und erklärte, die Russen müssten dafür Genehmigung haben, daß englische Reiter die russischen Zähne entfernen, und nur in dem Maße, daß die englischen Truppen könne diese Genehmigung bestehen. Dann werde die russische Regierung bereitwillig antreten, was England zur Bestätigung seiner Ansprüche etwa vorzubringen habe. Es sei Unrecht von England gewesen, durch Gewalt Thatsachen schaffen zu wollen. Gegen die völkerrechtliche Korrektheit dieser Auseinandersetzungen wird sich schwerlich etwas Stichhaltiges vorbringen lassen.

Die Haltung der englischen Regierung läßt noch nicht recht erkennen, woher der Wind weht. Vielleicht verhält man in London schließlich auf das Ausblitzzittel, die chinesische Regierung zum Sündenbock zu machen, weil diese einen Landstreifen, der nach englischer Ausschaffung der englischen Eisenbahngesellschaft gehört und angeblich für den Bahnbetrieb unentbehrlich ist, an Russland überlassen hat. Einzuweisen hat es ganz den Anschein, als wenn Regierung und öffentliche Meinung in London gleichmäßig neidisch wären, um so mehr, als die Franzosen in Tientsin gemeinsame Sache mit den Russen machen und die Einsetzung eines Kriegsgerichtes gegen den englischen Hauptmann Bogler verlangen, der angeblich einen französischen Soldaten bei einer aus Anlaß des englisch-russischen Brüderkriegs erfolgten anti-englischen Kundgebung französischer Truppen niedergeschlagen. Daß alle diese Vorgänge den souffio vorgeblümten britischen Interessenten einigemassen auf die Nerven fallen, ist angeicht der augenscheinlich militärischen Schwäche Englands nur zu begreiflich. Bemühen sich doch 250 000 Mann großbritannischer Truppen seit nunmehr 1½ Jahren verzählt, des kleinen Burenvolkes Herr zu werden und Südafrika dem britischen "Welkreis" anzugliedern! Zugleich kommen die im Parlament entblößten krasse Zustände in der Rechtssetzung, bei deren Erörterung so arge Dinge ausgedehnt wurden, daß es John Bull, wie es in einem Londoner Bericht der "Post. Arg." heißt, "förmlich quält". Wenn er an die Möglichkeit neuer kriegerischer Verwicklungen zumal mit dem einzigen von ihm wirksam gesetzten Gegner denkt. Auf der anderen Seite aber steht auch das ganze sowieso schon stark geschwächte Großbritannien als führender Macht in Ostasien auf dem Spiele und es ist gewiß nicht unberechtigt, wenn englische Stimmen die Verstärkung ausbrechen, daß auch die "Fiction" darf man zu der in der Wohl dieses Ausbruchs hervortretenden Selbstverständlichkeit glauben! der alleinigen britischen Einflussphäre im Yangtsethal künftig nach solchen Erfahrungen mit der Geringfügigkeit der englischen Widerstandskraft nicht mehr aufrecht zu erhalten sein werde. Mögliche, ja wahrscheinlich also, daß die aristokratischen Lords im Auswärtigen Amt in London sich augenblicklich in einer Verfassung befinden, die von dem plebeischen Zustande des "Angstschwachs" nicht weit entfernt ist. Ein Spiegelbild der herrschenden Stimmung gibt die Meldung, daß man in Londoner diplomatischen Kreisen die Lage in China als äußerst ernst ansieht. Der Tientiner Brüderkrieg werde wohl belegt werden, doch sei der Ausbruch von Feindseligkeiten jederzeit möglich. Bisher sei keine Verstärkung angekündigt worden.

Es ist bezeichnend, daß die englische Presse jammer, die Russen würden „so etwas“ nicht „gern“ haben, wenn nicht der südafrikanische Krieg die erbarmungslose militärische Unzulänglichkeit Großbritanniens vor aller Welt so schamlos aufgedeckt hätte. Im Anschluß daran liegt aber auch die Frage nahe, wie denn die Engländer trog ihrer gerade jetzt so scharf dokumentierten militärischen Schwäche dazu kommen, in solcher drückender Weise gegen die Russen vorzugehen und sich leichtfertig in einer schweren Konflikt zu stürzen, der sehr wohl hätte vermieden werden können. Das muß den Verdacht erwecken, als glaube England sich im Rücken durch eine andere Macht gedreht. Thatsächlich wird denn auch in einem Theil der Londoner Presse die Meinung vertreten, daß englisch-deutsche Abkommen, das ja nach der Sicherung des Grafen Valdows sich nicht auf die Wandschurk begegne, müsse jetzt auf den Tientiner Streitfall, bei dem die deutschen Interessen bedeutend" seien, zur Anwendung gelangen. Daß diese englische Auffassung ungünstig sei, daß die offensichtliche starke Resignation des Grafen Valdows in seiner letzten Chinarede nicht aus der Befürchtung unerwünschter Folgerungen aus einem vertragsgemäß festgelegten zu engen deutsch-englischen Verhältnissen hervorgegangen sein möge, sondern daß wir allezeit England gegenüber unabhängig genug bleiben, um gegebenenfalls die gänzliche Rolle des sich freudigen Dritten spielen zu können, — das ist der Wunsch und die Hoffnung, mit denen in nationalen deutschen Kreisen die Weiterentwicklung nicht bloss des Tientiner Streitfalles, sondern des gesamten englisch-russischen Gegenseitig verfolgt werden wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. März

Berlin. (Bild-Tel.) Reichstag. Die letzte Beratung des Hauses wird fortgeleitet bei dem Spezialrat der Reichsjustiz in einer Sitzung. — Auf Anregung des Abg. Greber erklärt Staatssekretär Niederding die einleitenden Schritte zur Revision des Strafgesetzbuchs seien gezeichnet; ehe aber der Rechtszug in die Höhe fahren werde, sich damit zu befassen,

werde noch viel Zeit vergehen; in den nächsten Jahren jedoch noch nicht. Keinesfalls besteht ein Zusammenhang zwischen der Revision des Strafrechts und der vom Abg. Greber vorgeschlagenen Revolution, in welcher eine Statistik über die Fälle der unbedingten Begnadigung genutzt werde. Schon neulich, als eine solche Statistik im Beisein des Militäristrafrechts gewünscht wurde, habe der preußische Kriegsminister erklärt, daß eine derartige Kontrolle zu einer Kritik des Begnadigungsrechtes führen würde, also einen Eingriff in dieses Recht bedeute. Die einzelstaatlichen Regierungen würden aus diesem Grunde sicherlich in den Einzelaufträgen sich weigern, eine solche Statistik zu geben; und ebenso wenig würden sie, wenn er selbst die einzelstaatlichen Regierungen um das Statut erfrage, um dem Reichstag die gewünschte Statistik vorzulegen, diesen Eingriff widerlegen. — Abg. Spahn (Centr.) und Bäumer (Ant.-lib.) können diesen Einwand gegen die Resolution nicht als berechtigt anerinnern. Eine allgemeine Statistik, in der die Einzelfälle nur in der Gesamtheit erscheinen, können keinerlei Bedeutung bezüglich einer Kontrolle des Begnadigungsrechtes begründen. — Abg. Heine (Soz.) protestiert gegen die Ausführungen des preußischen Justizministers Schönstedt im Abgeordnetenhaus, wobei ihm dem Redner, Bebauungen untergeschoben worden seien, die er gar nicht aufgestellt habe. So sei es ihm gar nicht eingefallen, die Gründung des dolus eventualis, dieses juristischen Schiekhundes, Schönstedt zu zuladen. Redner geht dann näher auf den Fall des Landgerichtsdirektors Schmidt ein und bemerkt u. a., wenn der Justizminister diejenigen Richter in der Verwaltung dienst und förderte, welche der Majestätsbeleidigung angeklagte Schriftsteller hellsprach, ob auch der Kaiser ihre Verurteilung wünsche. (Präsident Graf Bassewitz rief den Redner wegen dieser Wendung zur Ordnung.) Wie weit wir jetzt gelangt seien, zeige die Handhabung des dolus eventualis in Altona. Dort habe das Gericht eine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung ausgesprochen, weil der Betreffende mit den Worten: "Großfürstliche Reden und prahlreicher Aleo Gottlob" offenbar den Kaiser im Auge gehabt habe. (Heiterkeit.) Das sei jetzt in Seiten gekommen, wie unter Galigia und Tiberius, dabei gehe die Ehre und die militärische Kraft des Nation rettungslos verloren. — Staatssekretär Niederding: Der Abg. Heine hat sich über den Ton preußischer Minister beschwert. Ich habe mich fragen müssen, ob gerade er, nach dem wie er sich selbst heute hier aufgezeigt hat, berechtigt ist, anderen ihren Ton vorzuwerfen. (Heiterkeit.) Es hat sich besonders über den preußischen Justizminister bebeschwert, aber seine eigene Rede war ein Meisterstück, wie man einen Abwesenden mit spitzigen Bemerkungen absindern kann. Herr Heine hat den Minister vorgeworfen, daß derzeit die Landgerichtsdirektor Schönstedt schwächerliche Haltung nachgezeigt habe; aber in darf ein Minister sich denn doch wohl ausdrücken! Ebenso hat der Minister nur in berechtigter Weise die Angreife des Vorredners auf die Unabhängigkeit des Richters zurückgewiesen. Der Staatssekretär betont jedoch noch besonders, daß die einzelstaatlichen Minister seien keineswegs ohne Weiteres berechtigt, hier im Reichstag zu erscheinen. Das Haus könnte sie also auch nicht auffordern, hierher zu kommen. Auch die Bundesratsmitglieder seien nur berechtigt, hier zu erscheinen, nicht aber verpflichtet, gleichwohl erscheinen ja hier im Hause sehr oft einzelstaatliche Minister; aber wenn sie hier zu angegriffen würden, wie von Herrn Heine, sei es erstaunlich, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machen, hier nicht zu erscheinen. — Abg. Haase (Soz.) meint, daß Minister Schönstedt nur im Gefühl seiner Schwäche heute aufgeblieben ist. Der Minister wisse sehr wohl, daß er sich nicht gegen den Vorwurf zu vertheidigen vermöge, daß unter seiner Amtsleitung Beeinflussungen von Richtern vorgekommen seien. Redner exemplifiziert Beispiele dafür auf die Erhebung der Anklage gegen das Königsberger sozialdemokratische Blatt wegen Beleidigung des österreichischen Landwirtschaftskammer. Die Anklage sei auf Anweisung des Justizministers erfolgt und dessen bezügliches Schreiben an den Staatsanwalt von diesem streng vertraulich in Abschriften den Richtern vorgelegt worden, doch nur, um damit einen Druck auf diese auszuüben. — Staatssekretär Niederding: In den Ausführungen des Vorredners ist nichts enthalten über eine Verleihung des Reichsrechts, was den Reichsanziger zu irgend einem Einzelheiten veranlassen könnte. Außerdem ist uns die vorgebrachte Thatsache ganz unbekannt. — Abg. Beck (frei). beschwerte eine Resolution betreffend Entschädigung unzulässig Verhafteter. — Staatssekretär Niederding bemerkte dazu, Demokratisches Rechte noch in keinem anderen Staat. Der verbliebenen Regierungen sei also kein Vorwurf daraus zu machen, daß man die Entschädigung unzulässig Verhafteter noch nicht in die Wege geleitet habe. Keinesfalls sei an Vorlegung eines bezüglichen Gesetzes schon in nächster Session zu denken, wie die Resolution es verlange. — Abg. Heine (Soz.) bleibt dabei, daß das Verhalten des Ministers Schönstedt jedes Zusammenschließen unmöglich mache. Weshalb kommt er nicht, um zu antworten, wenn er angegriffen werde. Daher hier die Sache vorkommen werde, habe der Minister schon seit dem 7. Februar gewußt. — Die Resolution Beck wird unter Streichung der Fassung „Ich in nächster Session“ angenommen, ebenso die Resolution Greber. — Beim Etat des Reichsrichthofs am 1. März ist erllt. Schriftsteller v. Thielmann auf eine Anfrage des Abg. Kardorff, im Reichsrichthof ist, wie den Herren schon bekannt ist, der Richter bereits abgeschlossen; jetzt unterteilt er den befreiteten anderen Richter des Reiches. Ich habe die Hoffnung, daß deren Beratung noch vor Ablauf dieses Monats zu Ende sein wird. Dann handelt es sich aber noch um sehr umfangreiche Erläuterungen mit Tabellen, deren Feststellung Wochen erfordern würde. Wenn das Ganze an den Bundesrat und die verbündeten Regierungen kommen wird, ob noch im Laufe des April, ist nicht zu sagen, und welche Zeit die Beratungen der verbündeten Regierungen in Anspruch nehmen werden, das bin ich nicht in der Lage zu versprechen. — Beim Etat des Reichsgerichts sind nochmal nachzuweisen, daß das Verhältnis zwischen der Richter und der preußischen Staatsanwaltschaft sich nicht abweichen. — Beim Vorberatung kommt Abg. Gledocci nochmal auf die Frage der politischen Briefabsichten zurück und beklagt sich über das Verhalten der Überzeugungsbüros. Von diesen würden vielfach